

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/20

Bonn, den 29. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Gesteigertes Mißtrauen</u>	29
	Denkschrift, Telefon-Affäre und der Bundesinnenminister	
	<u>Schrott und "Arbeitsessen"</u>	22
	Zwischenspiel in Genf	
2 - 3	<u>"Turailpaß" - auch für Europäer</u>	62
	Europas Eisenbahnen haben eine politische Chance Von Alois Strohmayr, MdB	
4	<u>Großangriff gegen Rauschgift</u>	51
	Unblutige Revolution in Marokko	
5 - 6	<u>Wassermangel in Wien - "Propagandaschieger" gegen die SPÖ</u>	
	<u>Bund und Hauptstadt</u>	70
	Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Gesteigertes Mißtrauen

Dankschrift, Telefon-Affäre und der Bundesinnenminister

sp - Mit rechten Dingen scheint es hier nicht zuzugehen - gemeint ist die Dankschrift der Briten und Amerikaner in Sachen Telefon-Affäre. In der Regel gehen Aide-Memoires, Noten und Dankschriften ausländischer Mächte an den dafür zuständigen Adressaten, an das Auswärtige Amt. Das Bonner Haus der tausend Fenster hüllt sich in Schweigen, dafür läßt sich umso auffälliger das Bundesinnenministerium vernehmen, aber auch wiederum nicht hoch offiziell, sondern gewissermaßen durch die Hintertür einer "Verlautbarung". Das Ganze sieht wie eine hochwillkommene Rückenstärkung für den ohnehin schwer angeschlagenen Innenminister Höcherl aus. Mag die Dankschrift - die Franzosen als Mitbetroffene haben sie nicht unterzeichnet - auch nicht bestellt worden sein -, in ihrer Zielrichtung beabsichtigt sie einen unzulässigen Druck auf die Verhandlungsführung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Nichts kam in öffentlichen Sitzungen zur Sprache, was von Schaden für die Alliierten gewesen oder gegen die entsprechenden Bestimmungen des Gruppenvertrages verstoßen hätte - aber vieles wurde einer beunruhigten deutschen Öffentlichkeit durch die Aussagen von Hauptzeugen offenbar, das Herrn Höcherl und das ihr unterstellte Amt nicht gerade in günstiger Licht zeigte. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat zu prüfen, ob unter dem Deckmantel des Schutzes der Verfassung schwerwiegende Verstöße gegen Geist und Inhalt des Grundgesetzes erfolgten. Was bisher zutage kam, läßt zutiefst erschrecken. Handlungen ausserhalb der Legalität scheinen bewiesen zu sein. Wollen dies nun die Briten und Amerikaner durch ihre ominöse Dankschrift decken? Dies anzunehmen fällt schwer, ließe es doch, deutsche Staatsbürger der Willkür unkontrollierter Staatsorgane auch weiterhin auszuliefern. Zum Glück läßt sich der Untersuchungsausschuß von dieser Entlastungs-offensive nicht beeindrucken. Die Untersuchung geht ihren Gang. Höcherl hat noch mehr Mißtrauen geerntet.

Schrott und "Arbeitsessen"

sp - Bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf scheint eine neue Phase zu beginnen. Im Gegensatz zu früheren Gewohnheiten bei ähnlichen Konferenzen, als man Globalvorschläge der einen Seite auf der anderen Seite global verwarf, haben Sowjets und Amerikaner jetzt ihre "Pakete" aufgeschnürt und nur einen von neun darin enthaltenen Vorschlägen auf den Verhandlungstisch gelegt. Das sind die veralteten strategischen Bomber, die verschrottet werden sollen. Gemessen an dem übrigen Waffenarsenal, über das heute die Großmächte verfügen, wäre die Verschrottung der strategischen Bomber gewiß nur ein Bruchteil dessen, was eigentlich verschrottet werden müßte. Aber wenn sich Moskau und Washington wenigstens in dieser Frage einigen könnten, bliebe die Hoffnung bestehen, daß man auch andere in den "Paketen" enthaltene Abrüstungsvorschläge als verhandlungsreif anerkennt. Daß es Russen und Amerikanern wenigstens mit den Bombern ernst zu sein scheint, ergibt sich aus der Tatsache, daß Zaratkin und Foster beschlossen haben, speziell diese Frage in zweiseitigen Verhandlungen zu klären. Man kehrt in Genf zu der schon früher gelegentlich angewandten Methode der "Arbeitsessen" zurück, weil man glaubt, daß in der mit Hilfe guter Speisen erzeugten freundlichen Atmosphäre die schwierigen Probleme ungezwungener besprochen werden können als am großen Verhandlungstisch, wo meist auch Prestigefragen eine entscheidende Rolle spielen.

"Eurailpaß" - auch für Europäer

Europas Eisenbahnen haben eine politische Chance

Von Alois Strohmayr, MdB

Der seit 1959 für die Besucher aus Nordamerika und seit 1960 auch für die Gäste aus den südamerikanischen Ländern von den europäischen Eisenbahnverwaltungen geschaffene "Eurailpaß" - ein für vier Wochen, zwei oder drei Monate gültiger Dauerfahrausweis erster Klasse - erfreut sich steigender Beliebtheit. Noch im Jahre 1959 hatten lediglich 5 000 Amerikaner die Chance wahrgenommen, ganz Westeuropa - mit Ausnahme von Großbritannien - mit der Eisenbahn kennenzulernen. Im Jahre 1963 waren es bereits über 30.000 Besucher aus Nord- und Südamerika, die den freien Teil Europas mittels einer europäischen Fahrkarte bereisten. Wahrscheinlich wurden diese Gäste vom anderen Kontinent auf diese Weise sehr schnell gewahr, daß sich im Nachkriegs-Europa etwas gewandelt hat. Selbst die Zollgrenzen, die beispielsweise auf der Fahrt von Kopenhagen über Amsterdam, Brüssel, Bonn und München nach Rom zu passieren waren, dürften diesen positiven Eindruck nicht verwischt haben.

Zufriedene amerikanische Touristen gab und gibt es aber vor allem auch, weil der "Eurailpaß" der europäischen Eisenbahnen nicht nur bequem, sondern auch ausgesprochen billig ist. Ein Monats-Fahrausweis kostete von 1959 bis 1963 lediglich 110 US-Dollar, also rund 440.-- DM. Für zwei Monate waren 150 und für drei Monate lediglich 180 Dollar zu entrichten. Seit dem 1. Januar 1964 sind diese Preise etwas angehoben worden. Der für einen Monat gültige "Eurailpaß" kostet jetzt 130 Dollar (520.-- DM) und der Dreimonatsausweis für Europas Bahnen muß nunmehr mit 205 Dollar (rund 820.-- DM) bezahlt werden. Das ist nicht teuer, wenn man bedenkt, daß eine Monatskarte für das gesamte Netz der Deutschen Bundesbahn für die erste Wagenklasse 483.-- DM kostet.

Da man wohl unterstellen darf, daß die Deutsche Bundesbahn ihre Netzkartenpreise gut kalkuliert hat, liegt es auf der Hand, daß die europäischen Eisenbahnen mit den preisgünstigen "Eurailpässen" kein großes Geschäft machen. Aber das war auch nicht der

Grund für die Einführung des europäischen Dauerfahrausweises. Vielmehr ging und geht es darum, daß für Europa eine günstige Atmosphäre geschaffen wird, um den Besuchern aus anderen Kontinenten das werdende Europa als Realität vor Augen zu führen. Das ist ein hervorragendes Ziel, das sich die Männer der europäischen Eisenbahnverwaltungen gesetzt haben. Aus diesen Gründen ist es nur zu begrüßen, wenn man zur Zeit darangeht, "Eurailpässe" auch in Afrika und Asien (zunächst wohl in Japan) auszugeben.

Gerade die europäischen Ziele, die die Männer vom Flügelrad sich gesetzt haben, sollten auch in Europa selbst realisiert und praktiziert werden. Die Europäer selbst, die auf dem Wege zu einem geeinten Europa viel Rückschläge zu überwinden haben, hätten es in unserer Zeit nötig, daß in die Vorstellungen von einem europäischen Zusammenschluß wieder optimistischere Züge kommen. Eine solche Chance, auch den Europäern zu beweisen, daß ein geeintes Europa nicht nur aus EWG-Marktordnungen, Abschöpfungsbeträgen und "Hühnchen-Krieg" besteht, könnte ein europäischer Fahrausweis sein, den auch Europäer zu erwerben vermögen.

Da es sich hier primär um ein politisches Anliegen handelt, müßten die bei den Eisenbahnverwaltungen durchaus zu Recht bestehenden finanziellen Überlegungen in den Hintergrund treten. Ganz abgesehen davon, daß vielleicht für den "Eurailpaß", den auch Europäer kaufen könnten, in mancher Hinsicht etwas andere Bedingungen geschaffen werden müßten. Zweifelsohne würde es einen Schritt nach vorn bedeuten, wenn die europäischen Eisenbahnen die politischen Bestrebungen unterstützen wollten.

Nur ganz am Rande sei daran erinnert, daß es zur Zeit "Eurailpässe" noch nicht einmal für die Mitglieder des Europäischen Parlaments oder der Beratenden Versammlung des Europarats gibt. Ein Umstand, den die amerikanischen Inhaber von "Eurailpässen" sicher für unmöglich halten.

Großangriff gegen Rauschgift

Unblutige Revolution in Marokko

B.K. - In der lobenswerten Absicht, die Rauschgiftsucht und den internationalen Schmuggel zu bekämpfen, geht die marokkanische Regierung nun scharf gegen den Anbau des indischen Hanfes, aus dem der "Kif" - marokkanischer Name für Haschisch - gewonnen wird, vor, wodurch aber der Bevölkerung, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird, eine der wichtigsten Einnahmequellen entzogen wird. Dabei betrug schon bisher das durchschnittliche Jahreseinkommen einer fünfköpfigen Familie nur 500 bis 650 DM. Mit dem gewaltsamen Sturz des "Kif" allein ist es deshalb nicht getan, muß doch die Bevölkerung von irgendetwas leben - und das in einem gebirgigen Gebiet, dessen fruchtbarer Boden größtenteils seit langem weggeschwemmt worden ist. Nachdem Mensch und Tier die ohnehin spärliche Pflanzendecke in gefährlichem Ausmaß zerstört haben, verursachen die Regenfälle in den Ebenen lediglich verheerende Überschwemmungen. Nun muß auch noch auf den indischen Hanf, der auf winzigen Terrassen an den Berghängen angepflanzt wurde, verzichtet werden!

Hinter der guten Nachricht vom Sturz des Kif verbirgt sich eine gigantische Aufgabe: der Rif-Bevölkerung eine ausreichende und gesunde Lebensgrundlage zu schaffen.

Das neue Programm

Schon vor einigen Jahren hat die marokkanische Regierung ein Programm für die landwirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes gutgeheißen, das teilweise vom UN-Sonderfonds finanziert wird. Einige internationale Experten sind zusammen mit ihren einheimischen Kollegen seit drei Jahren an der Arbeit, um das Programm in die Tat umzusetzen. Sein Ziel besteht darin, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern und den verhängnisvollen indischen Hanf durch andere lohnende Kulturen zu ersetzen.

Auf der Suche nach den zweckmäßigsten Lösungen wurden unter anderem je hundert spanische und schweizerische Ziegen herbeigeschafft, um feststellen zu können, um wieviel ihr Milchertrag denjenigen ihrer hungernden einheimischen Artgenossen übertrifft, die im Gebirge umherirren und nicht wenig zur Verschlimmerung der Bodenerosion beitragen. Große Anstrengungen werden unternommen, um die an sich fruchtbaren Ebenen im Süden des Gebirges gegen die chronischen Überschwemmungen zu schützen. Große Aufforstungsarbeiten an den Berghängen sind im Gange.

Um die dabei eingesetzten 6 300 Landarbeiter und ihre Familien während der jährlich wiederkehrenden unfreiwilligen "Fastenzeit" ernähren zu können, hat das Welternährungsprogramm der FAO der marokkanischen Regierung 5.000 Tonnen Weizen, 150 Tonnen Bohnen, 50 Tonnen Milchpulver und 52 Tonnen Käse zur Verfügung gestellt. Ausser dem UN-Sonderfonds beteiligen sich noch verschiedene andere Stellen, wie beispielsweise die Evangelische Kirche Deutschlands, an der Durchführung der Projekte.

Alle diese einem einheitlichen Programm untergeordneten Anstrengungen sollen - wie die marokkanische Regierung hofft - dazu beitragen, in einem oder zwei Jahrzehnten die Weizenproduktion zu vervierfachen, den Ertrag der Olivenernte auf das Fünffache zu steigern und auch in der Milch- und Fleischproduktion entsprechende Fortschritte zu erzielen. Das ist die Revolution, die durch den Sturz des Kif ausgelöst wurde.

Wassermangel in Wien - "Propagandaschlager" gegen die SPÖ

Bund und Hauptstadt

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Vor mehr als dreissig Jahren sah man auf den Strassen Wiens Flakate einer großen Brotfabrik mit dem wirksamen Werbeslogan: "Worauf freut sich der Wiener, wenn er vom Urlaub heimkommt? Auf Hochquellenwasser und Ankerbrot!" Wien hatte seit der Jahrhundertwende das beste Trinkwasser unter allen Großstädten der Welt. Inzwischen ist die Bevölkerungszahl rasch gewachsen und - dank der umfangreichen Wohnbautätigkeit der sozialdemokratischen Gemeinverwaltungen - viele moderne Wohnstätten sind entstanden, in denen naturgemäß weitaus mehr Wasser verbraucht wird als in den üblen Zinshäusern der Gründerzeit. Die Folge davon war, daß die beiden Hochquellenwasserleitungen aus dem Gebirge nicht mehr genügend Wasser heranschaffen konnten. Wasser aus Grundwasserwerken vermehrte und verschlechterte das Wasser, doch reicht jetzt auch das nicht mehr aus. So kam es in den vergangenen Wochen in Wien wiederholt zu einer katastrophalen Wasserknappheit. In einzelnen Gebieten Wiens kam überhaupt kein Wasser mehr aus der Leitung; Zisternenwagen mußten die Bevölkerung notdürftig mit Wasser versorgen. Dieses fehlende Wasser war paradoxerweise Wasser auf die Kühlen der ÖVP-Propaganda. Im Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Gemeinderats- und Landtagswahlen in Wien attackierte die ÖVP wegen der Wassernot die sozialdemokratische Rathausmehrheit.

Das Wasser abgegraben

Da solcherlei Propaganda am besten gedeiht, wenn sie durch keine Sachkenntnis getrübt wird, verschwiegen man, daß es in Niederösterreich die allzuherrschende ÖVP war, die der Bundeshauptstadt Wien buchstäblich das Wasser abgegraben hat. Wien ist vom Bundesland Niederösterreich umgeben und kann nur von dort oder auf dem Wege über dieses Land Wasser für die durstende Millionenstadt beziehen. Zwar besaß Wien eine langfristige Planung auf diesem Gebiet und auch das dafür notwendige Geld, die ÖVP-bekerrschten Behörden Niederösterreichs aber behinderten jahrelang den Ausbau der Wiener Wasserversorgung.

Nach dem ersten Weltkrieg sprachen die auf staatliche Eigen-

ständigkei t erpichten christlich-sozialen Politiker in den Bundesländern vom "Wasserkopf" Wien als einer für das Rumpfosterreich überdimensionalen zentralistischen Hauptstadt. Um in der neuen republikanischen Verfassung den Föderalismus stärker zu verankern, sperrte man damals zwecks Pressure die Lebensmittelzufuhr in die hungernde "rote" Stadt. Der Blockade der Siegermächte folgte die Blockade der Patrioten mit dem Gansbart- oder Hahnenschwanzhut, bis der Länderpartikularismus hinlänglich gesichert war.

Nach dem zweiten Weltkrieg verlegte man sich aus politischer Parküne auf das Unterbinden der lebensnotwendigen zusätzlichen Wasseraufahren nach Wien, bis letztlich sogar große Krankenhäuser kein Wasser mehr hatten. Dem "Wasserkopf" hat man somit auch noch das Wasser entzogen. Das gesamte öffentliche und private Leben, insbesondere Industrie, Handel und Gewerbe, leiden sehr darunter.

Nur bis zur Stadtgrenze...

Ähnlich, wenn auch nicht so katastrophal, ist die Benachteiligung Wiens auf dem Gebiet des Strassenwesens. Seit nahezu zehn Jahren ist so manches provinzielle Dorf mit einem anderen durch Autobahn verbunden worden, nach Wien aber führt sie nicht, abgesehen von einer erst kürzlich provisorisch errichteter und nur wenige Kilometer langen Südautobahn. Die anderen Überlandstrassen werden nur bis an die Stadtgrenze als Bundesstrassen verwaltet, innerhalb Wiens aber müssen sie als Gemeindestrassen erhalten, ausgebaut und bezahlt werden. Während der Bund beziehungsweise das zuständige ÖVP-Handelsministerium derzeit in den übrigen acht Bundesländern 9.300 Kilometer Strassen betreut, werden in Wien nur rund 30 Kilometer als Bundesstrassen verwaltet. Auf Antrag der Sozialisten sollen wenigstens 150 Kilometer vom Bund übernommen werden.

Der Bund hat auch Eigentum und Liegenschaften in Wien selbst, die er möglichst stiefmütterlich behandelt, um der aufblühenden sozialdemokratisch registrierten Großstadt einen Makel anzuhängen. Da ist zum Beispiel die große Parkanlage "Augarten" - bekannt auch durch die berühmte Porzellanmanufaktur - die sehr verwahrlost ist. Nicht weit davon, im allgemeinen Blickfeld, steht die Bombenruine des ehemaligen Schiffamtes und späteren Gerichtsgebäudes. Uralt es Gußeisengitter am Franz-Josef-Kai darf die Gemeindeverwaltung nicht durch neues und modernes ersetzen, weil es dem Bund gehört. Die wenigsten Wiener und kaum ein Besucher kennen diese Hintergründe. Die ÖVP jedoch erhofft sich davon politische Vorteile.